

Gestörte Beziehung

Demokratie Die einen fühlen sich unverstanden, die anderen übergangen: Um Politiker und Bürger zu versöhnen, testen Kommunen neue Arten der Mitbestimmung.

Eine kühne Vision hat den Wuppertalern schon einmal Weltruhm beschert. Vor mehr als hundert Jahren bauten sie ihre legendäre Schwebbahn. Nun soll ein weiteres Verkehrsprojekt Geschichte schreiben, eine Seilbahn, die den Hauptbahnhof mit den Südhöhen verbindet.

„Zweimal im Leben durch Wuppertal schweben“, heißt es hoffnungsfroh in einem Zukunftskonzept von Stadtverwaltung, Stadtwerken, Stadtparkasse und Universität. Doch kaum wurde das Vorhaben bekannt, bildeten sich zwei Lager. Gegner formierten sich in der Bürgerinitiative

„Seilbahnfreies Wuppertal“, ihr Logo zeigt eine durchgestrichene Gondel. Fans gründeten den Verein „Pro Seilbahn“ und feierten ihre Stadt „als Wiege von Technik und Fortschritt“. Und mittendrin standen die Lokalpolitiker, die entscheiden müssen.

Solche Kämpfe gibt es in vielen Kommunen. Bürgerinitiativen, Bürgerbegehren, Volksentscheide – quer durchs Land zieht sich eine Spur der Interessengruppen, auch des Widerstands und des Misstrauens gegen gewählte Volksvertreter. „Wenn wir es versäumen, unsere demokratischen Techniken zu erneuern, werden wir bald feststellen, dass unser ganzes System nicht mehr reparabel ist“, schrieb der belgische Autor David Van Reybrouck kürzlich im SPIEGEL (Nr. 47/2016).

Er schlug vor, zu einem zentralen Prinzip der athenischen Demokratie zurückzukehren: dem Losverfahren. Dann müssten nicht mehr alle über etwas befinden, wovon nur wenige etwas verstehen. Ein zufällig ausgewählter Teil der Gesellschaft soll stattdessen entscheiden: „Ein Querschnitt der Gesellschaft, der informiert ist, agiert vernünftiger als eine ganze Gesellschaft, die nicht informiert ist.“

In diesem Sinne wollte auch Panagiotis Paschalis „neue Wege ausprobieren“. Er

leitet in Wuppertal das Amt für Bürgerbeteiligung, es ist das erste seiner Art in Deutschland. Über dem Eingang des Rathauses steht, in Anlehnung an Willy Brandts Forderung „Mehr Demokratie wagen“, auf einem Plakat: „Lasst uns einfach mehr Wuppertal wagen“.

Also wagte er in Wuppertal, was vor zwei Jahrtausenden in Athen üblich war: das Los entscheiden zu lassen. Per Zufallsprinzip wurden im Melderegister 1000 Einwohner ausgewählt. Es sollten, sagt Paschalis, nicht „die üblichen Verdächtigen, die sich sowieso immer für oder gegen was engagieren“, das Projekt dominieren.

Michelle Pahl, 36, gehört zu jenen, die das Losglück traf. Die Biologin hat einen Job an der Universität und zwei Hobbys: Ballett und Angeln. „Politisch“ sei sie eher „in der Mitte“ verortet gewesen, sagt sie: interessiert, aber nicht parteipolitisch engagiert, vor jeder Wahl habe sie sich neu entschieden. Nur zuletzt habe sie „nicht mehr gewusst, was ich noch wählen kann“.

Pahl hätte eine jener Enttäuschten werden können, die sich von der Politik abwenden. Dann kam die Post von ihrem Oberbürgermeister mit der Bitte, sich als Bürgergutachterin zu engagieren. Pahl war begeistert: „Eine großartige Idee, mit sei-



Beraterin Jain

„Für wen machen die eigentlich Politik?“

nen Bürgern und deren Wissen umzugehen.“ Gemeinsam mit 47 anderen Anwohnern bildete sie daraufhin „Planungszellen“, in denen verschiedene Aspekte des Seilbahnprojekts behandelt wurden.

Vier Tage lang lauschte sie Experten zu Themen wie Baurecht, Finanzen oder Schattenwurf. Sie inspizierte ein Teilstück der möglichen Seilbahnroute, 2,8 Kilo-

meter lang, 165 Meter Höhenunterschied. Sie diskutierte mit der Bürgerinitiative, die für die Bahn streitet, und mit jener, die dagegen ist, sowie mit Mitgliedern des Kleingartenvereins „Edelweiß“, die um ihre Grundstücke fürchten.

In Kleingruppen besprachen sie dann Detailfragen, und damit niemand sich zum Meinungsführer aufschwingen konnte, wurden die Gruppen immer wieder neu gemischt. Anstrengend, aufregend und komplex sei das gewesen, sagt Pahl: „Ich habe Respekt gewonnen vor jenen, die sich dauernd mit so was beschäftigen.“ Während die Bürger vier Tage lang Fachwissen erwarben, waren die Politiker der Stadt zum Zuschauen verdammt – eine Demokratieschule für beide Seiten.

Das Konzept der Planungszelle gehört zum Instrumentenkasten des Berliner Nexus-Instituts, das in Wuppertal eingeschaltet wurde und schon viele Kommunen in Streitfällen beraten hat. „Der Ton hat sich verschärft“, sagt Nexus-Mitarbeiterin Angela Jain. Zu oft gehe es bei Konflikten zwischen Bürgern und Politik um das „Rechthaben, das Gewinnen“ und nicht mehr um die beste Lösung. „Wir reden ja nicht mehr nur über die sogenannten Abgehängten“, sagt die Beraterin. „Die ge-

sellschaftliche Mitte fühlt sich bedroht und fragt sich: Für wen machen die eigentlich Politik?“

An erster Stelle stehe immer die „frühzeitige Information“ – auch über die Grenzen der Bürgerbeteiligung. Am Ende müsse jemand die Verantwortung tragen. Und wenn man doch einsam entscheide, schulde man wenigstens Transparenz: „Die Menschen müssen nachvollziehen können, wie und warum Entscheidungen zustande kommen.“

Im November übergaben die Mitglieder der Planungszellen ihr Gutachten an den Oberbürgermeister. Eine deutliche Mehrheit sprach sich grundsätzlich für die Seilbahn aus, benannte aber auch offene Fragen. Nun soll der Rat der Stadt über das weitere Vorgehen entscheiden.

Michelle Pahl hat durch ihre Arbeit in der Planungszelle, wie sie es ausdrückt, „einen Schub bekommen“. Sie verstehe Politik besser und interessiere sich jetzt auch wieder mehr für die Abläufe. Sie kann sich sogar vorstellen, dass künftig ein Teil der Parlamentssitze nicht über Wahlen vergeben wird, sondern, wie bei der Planungszelle, per Zufall an Bürger. „Das wäre doch eine hübsche Mischung!“

Markus Deggerich